

Die SVP unterstützt das Referendum gegen den Beitritt zu HarmoS und den staatlichen «Erziehungsdiktatoren»

Unterschriften gegen HarmoS angekommen

Am letzten Samstag, 3. Mai, führte das Kantonale Bürgerkomitee eine erste grosse Unterschriften-Sammelaktion im Kanton durch. Auch in Kaltbrunn. Marianne Steiner, Mitglied des Komitees und Präsidentin der SVP See-Gaster, ist erfreut über den Erfolg.

Die SVP Kanton St. Gallen hat an ihrer Delegiertenversammlung vom 30. April 2008 in Kirchberg beschlossen, das Referendum des Kantonalen Bürgerkomitees Nein zum HarmoS-Konkordat zu unterstützen. Am letzten Samstag, 3. Mai, führte die SVP eine erste kantonale Unterschriften-Sammelaktion durch. Unter der Leitung von Marianne Steiner auch in Kaltbrunn. Ein voller Erfolg, wie die SVP-Präsidentin sagt. «In Kürze hatten wir über 120 Unterschriften beisammen. Zusätzlich sind besorgte Eltern vorbeigekommen, um Unterschriftenbogen zu holen, damit sie selber auch sammeln können.»

Vor vollendete Tatsachen gestellt
Was hat die SVP konkret gegen das HarmoS-Konkordat, dem sämtliche kantonalen Bildungsdirektoren zugestimmt haben? Diese glauben, der Kampf der SVP gegen HarmoS sei lediglich ein Übungsfeld für ihre sogenannte Oppositionspolitik. Marianne Steiner wehrt sich entschieden dagegen: «Es geht grundsätzlich darum, dass wir mit dem Beitritt zum Konkordat das Heft aus der Hand geben. Mit dem Referendum gegen das Konkordat sorgen wir dafür, dass wir weiterhin unser Schulwesen im Kanton selbstständig und demokratisch mitbestimmen können.» Mit der stillen Schaffung des X. Nachtrags zum Volksschulgesetz 2007 sei der Souverän vor vollendete Tatsachen gestellt worden, führt Steiner



Marianne Steiner, Mitglied des Bürgerkomitees: «Die SVP wehrt sich gegen eine Verstaatlichung der Kindererziehung.» Foto: Verena Schoder

weiter aus. Der HarmoS-Beitritt zementiere die Nivellierung auf internationale Standards. Die ersten Erfahrungen zeigten jetzt aber, dass es wichtig sei, dem Volk den wahren Sachverhalt darzulegen und die nötigen Unterschriften schnellstens zusammenzubringen. Später könne der X. Nachtrag nämlich nicht mehr geändert werden. Dass es bereits schon Kantone gibt, die den Beitritt zum HarmoS-Konkordat definitiv beschlossen haben, etwa der Kanton Glarus und Schaffhausen, kann sich die SVP-Kreispräsidentin nur damit erklären, dass das Volk ungenügend aufgeklärt worden ist. «Wüssten die Eltern genau, dass es um

die Rolle der Familie in der Gesellschaft geht, um gesellschaftliche Gleichberechtigung, um Frauen- und Kinderrechte und um den Schutz der Familie vor staatlicher Willkür, würden sie nie zustimmen», ist sie überzeugt.

Missachtet SVP den Volkswillen?
Ein weiterer Vorwurf der Bildungsdirektoren ist, dass die SVP mit ihrem Referendum den Volkswillen missachte. Immerhin habe das Stimmvolk 2006 den Bildungsartikel mit 85,6 Prozent angenommen. Eine Studie zeigt denn auch, dass 90 Prozent der Lehrpersonen und 60 Prozent der Eltern der früheren Eingangsstufe der Kinder zustimmen.

Auch diesen Vorwurf weist Marianne Steiner zurück: «Wir missachten den Volkswillen in keiner Weise. Das Volk hat den Rahmen-Bildungsartikel BV Art. 61 angenommen. Niemand kann behaupten, dieser Artikel verlange die generelle Schulpflicht mit vier Jahren oder erteile grünes Licht für die Verstaatlichung der Kindererziehung. HarmoS ist ein reines Verwaltungsprodukt.» Seine Erfinder behaupteten, so die SVP, der neue Rahmen-Bildungsartikel in der Bundesverfassung verlange die Schaffung von HarmoS. Dem sei aber nicht so, das sei Verwaltungs willkür und entbehre jeder Rechtsgrundlage.

Allen Familien gerecht werden
Ein weiterer strittiger Punkt für die SVP ist: Die Schulpflicht in der Schweiz soll für Kinder ab vier Jahren obligatorisch werden. Für Marianne Steiner heisst das nichts anderes, als dass der freiwillige Kindergarten abgeschafft und durch eine Basis-Stufe mit ausgeprägt schulischem Charakter ersetzt würde, und die Eltern zu solchem Förderunterricht nichts mehr zu sagen hätten. «Das wäre nichts anderes als eine Verstaatlichung der Erziehung mit negativen Auswirkungen für die Kinder», sagt Steiner. Familie sei nach wie vor das wichtigste Glied unserer Gesellschaft und des Staates. Kinder bräuchten viel Zuwendung und Liebe sowie die Geborgenheit des Elternhauses. «Der Staat ist nicht in der Lage, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen.»

Doch die Befürworter kontern, die SVP pflege ein völlig veraltetes Frauen- und Mütterbild. Es gehe doch darum, die Familien in ihren verschiedenen Lebensmodellen zu unterstützen. Die Kinder wären über Mittag unter Aufsicht und nicht auf der Strasse.

Doch eben diese Tatsache findet Marianne Steiner ungerecht: «Man hat in den letzten Jahren sehr viele verschiedene Familienmodelle geschaffen und vom Staat unterstützen lassen und dabei das beste Modell – nämlich die traditionelle Familie – vernachlässigt. Dagegen wehren sich nun zu Recht diejenigen Eltern, die ihre Eigenverantwortung wahrnehmen.» Der Staat habe die Familie nicht zu bevormunden. Staatliche Einrichtungen wie Mittagstisch und Betreuungsstätten seien nach Bedarf und nicht für alle obligatorisch zu verordnen, argumentiert Marianne Steiner. Das Komitee Nein zu HarmoS will in den nächsten Wochen 4000 Unterschriften zusammenbringen.

Verena Schoder

SVP-Kölliker wird Bildungschef

In der Amtsdauer 2008/2012 wird Stefan Kölliker (38), der neu gewählte und erste Regierungsrat der SVP Kanton St. Gallen, dem Bildungsdepartement vorstehen. Das vermeldet die Staatskanzlei. Martin Gehrer übernimmt von Peter Schönenberger das Finanzdepartement. Die bisherigen Regierungsmitglieder verzichteten auf eine Rochade und behalten ihr angestammtes Departement. Man dürfe gespannt sein, wie sehr Kölliker seinem Wahlkampf-Credo getreu ein strammer Vertreter der harten Parteilinie bleiben werde, kommentieren die anderen Parteien. Die CVP schreibt – mit Blick auf HarmoS – dass sie mit Argusaugen verfolgen werde, wie sich Regierungsrat Stefan Kölliker ins Regierungskollegium einfüge.

Am 1. Juni wird über die Bürgerinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» abgestimmt

Maulkorb oder Informationspflicht?

PRO



Roland Hartmann aus Rapperswil-Jona, SVP-Kantonsrat: Die Initiative will Information statt Propaganda. Wollte sich damals ein Schüler vor der

EWR-Abstimmung mit offiziellem Material für einen Vortrag vorbereiten, wurde ihm umfangreiches Prospektmaterial inklusive Werbevideo zugesandt. Darin wurden die verschiedenen Vorzüge eines Beitrittes erläutert. Beim Schengen-Dublin-Abkommen erhielt der Schüler dann fixfertige Hellraumprojektions-Folien, worin die Wichtigkeit des Abkommens erklärt wurde.

Selbstverständlich ist es Aufgabe des Bundesrates bei Abstimmungen objektiv über entsprechende Vorlagen zu orientieren. Das Ausmass an einseitig gefärbten Informationsmassnahmen der letzten Jahre hat jedoch zu grosse Dimensionen angenommen. Zwischen 2001 und 2004 wurden jährlich zwischen 61 und 82 Millionen Steuerfranken für «Öffentlichkeitsarbeit» ausgegeben – ohne Aufwendungen für Abstimmungserläuterungen und Übersetzungen. In den Jahren 2005 und 2006 wurden gar keine Zahlen mehr veröffentlicht. Zusätzlich wurden rund 140 Millionen Steuerfranken jährlich

für zirka 2400 Aufträge an externe Agenturen zum Lobbying und Beeinflussung politischer Entscheidungsträger wie Parlamentarier, Landes- und Kantonsregierungen und der Stimmberechtigten aufgewendet.

Die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» bringt dem Bürger faire, ehrliche Information. Die Initiative macht unsere Demokratie so wieder bürgernah und für alle verständlich. Die Initiative ist ein sorgfältig erarbeitetes Bürgerrecht zur aktiven Gestaltung unserer Zukunft. Sie eliminiert überflüssige Behördenpropaganda und verhindert staatliche Abstimmungskampagnen. Sie garantiert faire und ehrliche Information sowie unparteiische Bundesräte. Bundesräte, die nicht wie eine Partei Abstimmungen gewinnen wollen, sondern das Volk ernst nehmen. Sie verhindert damit eine Spaltung der Bürger und fördert so den Frieden im Land.

KONTRA



Vincenzo Pedrazzini aus Wollerau, Präsident FDP Kanton Schwyz:

Einer gewählten Regierung ein Sprechverbot aufzuerlegen, respektive

einen Maulkorb anzulegen, ist grundfalsch und undemokratisch! Die Initiative schießt weit über das Ziel hinaus: Ein verfassungsmässig verankertes, behördliches Informationsverbot ist einer Landesbehörde unwürdig. Sinnvoll ist hingegen der Gegenvorschlag zu dieser rechtspopulistischen Initiative. Dieser definiert per Gesetz eine schlichte, transparente und verhältnismässige Information des Bundesrats und verbietet

gleichzeitig eine behördliche Abstimmungspropaganda. Würde jedoch der Maulkorb-Initiative zugestimmt werden, sähen die Bürgerinnen und Bürger sich inskünftig den politischen Werbewalzen der finanzgewaltigen Interessenvertreter gegenüber. Desinformation und Deformation der Meinungsbildung wären die Folgen. Nicht mehr die Ausgewogenheit der Argumente, sondern die am prallsten gefüllten Kriegskassen der Abstimmungskomitees wären Erfolgsgaranten. Das kann ein freiheitsliebender, unabhängig denkender Mensch nicht befürworten. In einer Demokratie haben die Bürgerinnen und Bürger das Recht zu erfahren, wie die von ihnen gewählten Behördenvertreter denken und argumentieren. Es ist jedoch abzusehen, dass die Maulkorb-Verfechter ihre Informationsverhinderung auch auf andere staatliche Stufen – Kantone und Gemeinden – ausdehnen wollen. Schlussendlich dürfte auch ein Regierungsrat oder Gemeindepräsident sich gar nicht oder nur noch beschränkt zu Vorlagen äussern. Ein unhaltbarer Zustand! Die Schweizerinnen und Schweizer sollen mündig, frei und vollumfänglich informiert denken, abwägen und dann selbstständig entscheiden können. Zu diesem staatsbürgerlichen Prozess gehört auch das Anhören der Meinung unserer demokratisch gewählten Behördenvertreter. Ein Maulkorb für den Bundesrat kommt deshalb nicht in Frage. Die Initiative ist abzulehnen!

Bearbeitung: Verena Schoder

Die Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» des Vereins «Bürger für Bürger» will, dass der Bundesrat und das oberste Kader der Bundesämter die Bevölkerung vor Abstimmungen nicht mehr informieren dürften. Diese dürften nicht mehr an Medienauftritten, Informations- und Abstimmungsveranstaltungen, etwa der SF1-Sendung «Arena», teilnehmen. Davon ausgenommen ist eine einmalige kurze Info an die Bevölkerung durch den Vorsteher des zuständigen Departements. Die Argumente der Gegner: Der Bundesrat dürfte keine sachlichen und inhaltlichen Unklarheiten korrigieren und keine falschen Behauptungen widerlegen. Zudem könnten Parteien, Interessenverbände oder Lobbyisten eine Abstimmung mit aggressiven, emotionalen und teuren Kampagnen führen, während weniger Bemittelte ins Hintertreffen kämen. Positionen: Ein Ja empfiehlt die SVP. Ein Nein empfehlen Bundesrat, Bundesparlament, SP, FDP, CVP.

Spital Lachen ist finanziell gesund

Das Spital Lachen blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2007 zurück, welches von personellen Wechsels geprägt war. Im vergangenen Jahr wurde ein Gewinn von 1,55 Mio. Franken (Vorjahr 1,98 Mio.) erwirtschaftet. Mit rund 5868 stationären und 15 868 ambulanten Patientinnen und Patienten konnten die Frequenzen des Jahres 2006 gehalten beziehungsweise leicht erhöht werden. Damit setzte sich die seit 2004 anhaltende Tendenz steigender Patientenzahlen fort. Die positive Entwicklung lässt sich auch von anderen Zahlen zum Jahr 2007 ablesen, so hinsichtlich Bettenauslastung und Rettungsdienst-Einsätzen.

Neben einem neuen Spitaldirektor konnten für die Personalleitung und die Führung der Supportbereiche neue Führungsverantwortliche gefunden werden. Die in den vergangenen Jahren erarbeitete finanzielle Substanz erlaubt es dem Spital, nun grössere und dringende nötige Projekte zur Erneuerung der Infrastruktur zu planen und umzusetzen.

Die gesundheitspolitischen Entwicklungen fordern auch das Spital Lachen heraus. Die neue Spitalfinanzierung (DRG-Fallpauschalen) fördern einerseits die Leistungstransparenz, andererseits aber auch den Wettbewerb mit anderen Spitalern der Schweiz. Das wirkt sich langfristig preisbestimmend aus. Ständige Innovation und gezielte Investitionen im Bereich der Entwicklung und Erneuerung von Hardware und Software sind für das Spital Lachen der Schlüssel, um langfristig erfolgreich zu sein.